

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 1

Artikel: Chemie und Politik
Autor: Hubacher, Helmut
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340455>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sein ist wichtiger als Haben

1987-1988

Von Ursula Mauch, Nationalrätin

1986 ist der Schweizer Wald kränker, die Schweizer Luft belasteter, der Boden noch übernutzter und die Lärmplage grösser geworden.

Die dauernde schleichende Umweltverseuchung hat ihren ganz normalen Fortgang genommen, ist keines Aufhebens wert. Wahrscheinlich ist unser Land insgesamt gleichzeitig auch wieder ein wenig reicher geworden, reicher an Geld, das ist ebenfalls normal.

Und doch: es gab Einbrüche in der zweifelhaften Normalität, Ereignisse, die uns den Atem anhalten liessen, wo wir uns allen Ernstes fragen mussten, wie es weiter gehen solle mit unseren Lebensgrundlagen, wie und – ob.

Tschernobyl: Wer hätte denn gedacht, dass ein Atomreaktorbrand radioaktive Strahlung fast über ganz Europa und Kleinasien verteilen würde? Das war doch von der Nuklearbehörde gar nicht vorgesehen! Die Zauberlehrlinge behaupten immer steif und fest, den Zauber unter Kontrolle zu haben. Aber eben, Zuverlässigkeit gibt es nur bei uns, in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und nicht in einem marxistischen Unterdrückungsland. Lange Jahre hatten zwar die östlichen Nukleartechnokraten den hiesigen als Kronzeugen gedient für atomare Vernunft im realen Sozialismus. Tschernobyl änderte alles. Irgendwo musste die Schuld gesucht werden für das atomare Versagen. Die Technologie durfte es nicht sein, also musste das Gesellschaftssystem als Sündenbock herhalten.

Schweizerhalle: Zum zweiten Mal in wenigen Monaten ging die Technologiegläubigkeit in Flammen auf. Und zwar bei uns, im realen Kapitalismus, in der Demokratie überaus westlicher Prägung, im freien Teil der Welt.

Getötet wurde der Rhein, begraben das langmütige Vertrauen einer ganzen Region in einem Eckpfeiler der schweizerischen Wirtschaft.

Zur schleichenden Umweltverseuchung gesellte sich die Umweltkatastrophe, hausgemacht, hier bei uns.

Wir brauchen jetzt die Wende, die Wende im Denken und die Wende im Tun. Sein ist wichti-

ger als Haben, zum Sein müssen unsere Lebensgrundlagen intakt sein. Unsere Kinder haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft, sie dürfen nicht Opfer werden unserer kollektiven Verantwortungslosigkeit. Politisches Handeln ist unumgänglich, sofort. Die Entscheidung, die anstehen sind zu wichtig, als dass man sie den Wirtschaftsmächtigen überlassen dürfte. Viele dieser Herrschaften wissen nämlich noch nicht, dass man Geld nicht essen kann.

1987 verdient die Umwelt von uns besseres, sie könnte sich sonst bitter an uns rächen.

Chemie und Politik

Von Helmut Hubacher, Nationalrat, Basel

Umweltkatastrophen fordern die Politik immer häufiger und immer stärker heraus: Waldsterben, «Tschernobyl», Chemie-Katastrophe Sandoz AG. Jedesmal führten die eidgenössischen Räte darüber Monsterdebatten durch. In der Wald-Sondersession wurden konkrete Anträge an den Bundesrat überwiesen. Mit einjähriger Verspätung hat dieser nun seinen Vollzugsbericht vorgelegt, der von den beiden Räten noch verabschiedet werden muss. Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl weichte zwar die Front der Atomgläubigen auf, aber ihre Wortführer haben Mühe mit der realen Wirklichkeit. Grosser Rat und Regierung des Kantons Bern haben

ihr Veto gegen ein Atomkraftwerk in Graben eingelegt.

Die Sandoz-Katastrophe hat «Kaiseraugst» endgültig verunmöglicht. Aus «Tschernobyl» hat die SPS, zusammen mit anderen Parteien und massgeblichen Umweltorganisationen, die Konsequenzen gezogen und die Volksinitiative Ausstieg aus der Atomenergie lanciert. Die bürgerlichen (Atom-)Parteien befinden sich in der Defensive. Sie verteidigen eine ökonomisch immer uninteressantere, veraltete Atomtechnik, die staatspolitisch zunehmend sozial unverträglich wird, wahrlich keine beneidenswerte Aufgabe. Und nun werden die gleichen bürgerlichen Parteien nach «Schweizerhalle» an ih-

rem Erfolgsslogan «weniger Staat» fortwährend kritischer gemessen. Plötzlich postulieren Freisinnige mehr staatliche Kontrolle in der Chemie. FDP-Parteipräsident Bruno Hunziker musste vor dem Nationalrat unter nicht besonders vorteilhaften politischen Rahmenbedingungen die «Weniger-Staat»-Politik verteidigen. Der Fluchtweg lag in der Selbstverantwortung, die nach freisinniger Lesart der Wirtschaft auferlegt werde. Nur: diese Selbstverantwortung hat in «Schweizerhalle» nicht funktioniert, kann nicht funktionieren, weil der einzelne Unternehmer grundsätzlich nicht mehr in die Sicherheit investiert, als er muss. Die Chemie-Debatte im Nationalrat vor allem gleich einer In-

ventaraufnahme des Problemerkatalogs. Es mangelt nicht an gut tönenden Absichtserklärungen. Die SP-Fraktion hat von den Bundesratsparteien als einzige konkrete Vorschläge eingebracht. Staatliche Kontrolle ist nur begrenzt wirksam, es braucht klare gesetzliche Auflagen, die Umkehr der Beweislast, wirkungsbezogene Produktauflagen, Kausalhaftpflicht, das heisst, es braucht marktwirtschaftliche Instrumente und nicht, wie die FDP vorschlägt, staatliche Kontrolle als Scheinlösung. Umweltgerechtes Verhalten muss rentieren, umweltschädliches Verhalten muss für die Wirtschaft zu teuer werden. Nach dieser «Philosophie» ist die SP-Eraktion vorgegangen.



sowjetische, sprich kommunistische Schlamperei, und in Basel?

Die deutschen Behörden und vor allem die deutsche chemische Industrie warfen sich sogleich in die Brust und verwiesen auf ihren absoluten, unerreichten Sicherheitsstandard; und dann folgten Schlag auf Schlag die «Ereignisse» bei Hoechst, BASF, Bayer: alle selbstverständlich harmlos und für Mensch und Natur ungefährlich.

All dies zeigt doch eins in letzter Deutlichkeit: Wir haben – entgegen allen Beteuerungen – die Gefahren der Grosstechnologie (Atom, Chemie) nicht im Griff; absolute technische Sicherheit kann es in diesem System nicht geben, weil es den dafür erforderlichen unfehlbaren Menschen nicht gibt. Wenn wir aber nicht mit dem sogenannten «Restrisiko» leben wollen, müssen wir die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft schnellstens an die Hand nehmen. Wir führen seit Jahrzehnten Krieg gegen die Natur, gegen die Lebensgrundlagen der menschlichen Existenz.

Der Zustand der Schweizer Wälder – so die Ergebnisse der Sanasilva-Studie – hat sich dramatisch verschlechtert, die Hälfte der Bäume ist krank.

Die Luft ist zu einem Krankheitserreger erster Güte geworden. 3500 Ärzte weisen darauf hin, dass vor allem Kinder wegen der herrschenden Luftverschmutzung vermehrt an akuten Erkrankungen der Atemwege leiden.

Unser Boden wird durch die intensivierte und chemikalisierte Landwirtschaft ausgebeutet und vergiftet, viele Gewässer – und dadurch auch das Trinkwasser – sind nach wie vor stark gefährdet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich einen etwas gewagten

Internationale SP-Chemietagung in Basel am 13. Dezember 1986

Nichts haben wir im Griff

Begrüssung durch Roland Stark, Präsident der SP-Basel-Stadt

Drastisch wie nie zuvor hat uns das Jahr 1986 die unverantwortlichen Risiken der Grosstechnologie vor Augen geführt. Erinnern wir uns noch an den April, an die Wochen und Monate nach Tschernobyl:

Kleinkinder unter zwei Jahren sowie schwangere Frauen sollten keinen Salat und kein Frischgemüse essen, ebenso wurde vor dem Genuss von Frischmilch und Frischmilchprodukten gewarnt, Kinder durften nicht mehr im Sandkasten spielen, nach dem Aufenthalt im Freien mussten sie gründlich abgeduscht werden.

Und dann der 1. November 1986, die Chemiekatastrophe bei Sandoz, nicht mehr 2000 km entfernt, sondern direkt vor der Haustüre. Sirenenalarm wie im Krieg, stundenlanges Einsperrtsein zu Hause, in Angst

und Schrecken versetzt, im Ungewissen gelassen über die tatsächliche Gefahrenlage. Nur schleichweise tritt die Wahrheit zu Tage – sowjetische Informationszustände möchte man fast sagen.

Vor allem, für uns Basler unfassbar und zutiefst deprimierend: mitten durch unsere Stadt fliesst ein biologisch toter Rhein; auf Jahrzehnte hinaus wird er ein Symbol für die schreckliche Katastrophe bleiben. Auch die jetzt anrollende PR-Welle der Chemieindustrie wird die toten Fische nicht mehr zum Leben erwecken können.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei Seveso hiess es italienische Misswirtschaft, bei Bhopal Misstände eines Entwicklungslandes, bei Tschernobyl war es